

Peter Cornelius Mayer-Tasch

Migration und Integration aus historischer Sicht

In Europa hat man lange gebraucht, um den Massenexodus aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens, aber auch Afghanistans und einigen Problemzonen Afrikas als das anzuerkennen, was es wohl tatsächlich ist – eine Völkerwanderung nämlich. Im Besonderen galt dies für die – dank einer in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Richtlinienentscheidung ihrer Kanzlerin von den Asylanten- und Flüchtlingsströmen am stärksten betroffene – Bundesrepublik Deutschland.

Bei dieser Phasenverschiebung in der realitätsgerechten Wahrnehmung und Einordnung der jüngsten Immigrationströme dürfte es sich um ein dreifaches Verdrängungsphänomen gehandelt haben. Verdrängt wurde zum Ersten die absehbare Größenordnung und damit die ebenfalls absehbaren logistischen, ökonomischen, sozialpsychologischen und damit letztlich auch (innen-, sicherheits- und außen-)politischen Implikationen und Konsequenzen dieser Massenmigration und Massenimmigration. Verdrängt wurde mit dieser anfänglichen Vogel-Strauß-Haltung zum Zweiten die zum europäischen Bildungsgut gehörenden, wenig freudvollen Erinnerungen an die zur Zersetzung und zum schließlichen Untergang des Römischen Reiches führende Völkerwanderung des vierten bis sechsten nachchristlichen Jahrhunderts, für historisch weiter Zurückblickende auch noch an die vorchristlichen Wanderungen der Kimbern und Teutonen oder gar an die noch weiter zurückliegenden indoeuropäischen Aufbruchs- und Ausdehnungsbewegungen des ersten und zweiten vorchristlichen Jahrtausends. Verdrängt wurden damit aber zum Dritten auch gravierende außenpolitische Fehler der zunächst europäischen und später euroamerikanischen Nahostpolitik seit dem Zerfall des osmanischen Reiches, sowie auch – soweit es sich um die Bewältigung der Fluchtbewegung aus afrikanischen Hungerländern handelte – der westlichen Finanz-, Entwicklungs- und Handelspolitik. Fehler wie diese, deren mutmaßliche Konsequenzen „eigentlich“ vorhersehbar waren und die von weitsichtigen Autoren auch seit Jahrzehnten stets aufs neue an-

gemahnt wurden, ohne in der praktischen Politik ein mehr als rhetorisches, geschweige denn nachhaltiges, Echo zu finden.

Umso mehr ist nun, da das kritische und warnende Wort Fleisch geworden ist und sowohl *ante* als auch *intra portas* steht, von den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer sozialverträglichen Integration der Immigrantenströme die Rede. Und auch an praktischer Integrationsarbeit wurde und wird von amtlichen wie von freiwilligen Helfern schon jetzt (gerade in Deutschland, das angesichts seiner *nolens volens* praktizierten „Willkommenskultur“ zum Wunsch- und Traumziel der meisten Migranten wurde) sehr viel geleistet – so viel, dass jenseits der je nach politischem Profilierungsbedürfnis variierenden Politrrhetorik auf Kommunal-, Regional- und Landesebene die mancherorts „gefühlte“ oder auch tatsächliche Überschreitung der Kapazitätsgrenzen beklagt und angemahnt wird. Hinzu kommt, dass sich die Bundesregierung unter dem Eindruck einer stark sinkenden Akzeptanz der Willkommenspolitik nicht nur in den europäischen Nachbarländern, sondern auch in der deutschen Bevölkerung einem zunehmenden Kursänderungsdruck ausgesetzt sieht und nun trotz gespielter Gelassenheit mehr oder minder verzweifelt versucht, die Geister, die sie rief oder doch passieren ließ, durch innen- und außenpolitische Aktionen teilweise fragwürdigen Zuschnitts in eine sozialverträgliche Ordnung zu bannen. Enorme Finanzmittel – allein für die Jahre 2015 und 2016 war in offiziellen Verlautbarungen für Deutschland ein Bedarf von weit mehr als 50 Milliarden Euro die Rede – wurden und werden aufgewandt, um die vorläufige Behausung, Verköstigung, organisatorische, medizinische und psychologische Betreuung der Ankommenden zu bewältigen. Noch erheblich mehr wird erforderlich sein, um die Bildungs- und Ausbildungswege zu schaffen und zu verbreitern, ohne die eine wenigstens teilweise Eingliederung der im Lande Verbleibenden in Wirtschaft und Gesellschaft undenkbar ist.

Was die zahlenmäßige Größenordnung der Immigration anbelangt, so kamen nach dem Migrationsbericht 2015 der Bundesregierung vom Dezember 2016 im Jahr 2015 2,14 Millionen Zuwanderer ins Land, was im Vergleich zur Immigration im Jahr 2014 eine Steigerung von 46 Prozent bedeutete. Da im gleichen Zeitraum eine Million Menschen die Bundesrepublik verließen, lag der „Wanderungsgewinn“ allerdings bei nur 1,14 Millionen Menschen, von denen wiederum 890 000 Asylsuchende waren. Der Zustrom von Asylanten hat sich dann im Jahr 2016